
REZENSIONEN

Heinrich Oberreuter/Heribert Weiland (Hrsg.): Demokratie und Partizipation in Entwicklungsländern. Politische Hintergrundanalysen zur Entwicklungszusammenarbeit

Paderborn-München-Wien-Zürich: Verlag Ferdinand Schöningh, 1994, 147 S.

Das vorliegende Buch enthält die 1993 überarbeiteten Beiträge einer wissenschaftlichen Debatte während der Generalversammlung der Görres-Gesellschaft in Freiburg im Jahre 1991. Die für Sammelbände typischen Vorzüge und Schwächen prägen auch diese Publikation: Ein Generalthema wird durch Fallstudien mit unterschiedlichen theoretisch-methodischen Zugängen in unterschiedlicher Qualität abgearbeitet. Dadurch ergibt sich zunächst erst einmal ein farbiges Bild, das der realen Komplexität der behandelten Prozesse wie auch der Vielfalt existierender Sichtweisen entspricht. Nachteilig ist jedoch, daß im Unterschied zum mehrfach zitierten Standard von Diamond/Linz/Lipset *Democracy in Developing Countries* (auch ein Sammelband) eine theoretische und komparatistische Einführung fehlt. Zwar haben die Herausgeber in ihrem Vorwort ihr Credo formuliert, "daß es sich bei der Demokratie um eine normative (normativ? - W.W.) wie realpolitisch wünschenswerte Staatsform handelt, die weltweit zunehmend an Legitimität gewonnen hat und die nicht nur für wohlhabende Industriestaaten, sondern auch für arme Entwicklungsländer geeignet ist" (S.8). Eine Aufklärung darüber, in welchem Verhältnis solche Schlüsselbegriffe wie Demokratie, Partizipation, Liberalität, Pluralismus oder Menschenrechte in dieser Publikation stehen, wird jedoch nicht gegeben - und beim Lesen der Fallstudien entsteht der Eindruck, daß die Autoren diese Begriffe nicht einheitlich verstehen. Schön wäre es gewesen, eine Debatte über Prozeß und Dimensionen von Demokratisierung voranzustellen, zumal die einzelnen Autoren die diesbezügliche umfangreiche Literatur in recht unterschiedlichem Maße rezipieren. Problematisch scheint auch, daß mit dem Credo zwar ein Ziel vorgegeben wurde, der Ausgangspunkt jedoch unscharf bleibt. Was macht - bezogen auf das Demokratisierungsziel - die spezifische Realität der zwischen Vormoderne und Postmoderne schwebenden Gesellschaften in der "Dritten Welt" aus? So, wie in manchen Beiträgen über marktwirtschaftliche Reformen, politischen Pluralismus oder Deregulierung gesprochen wird, entsteht leicht der Eindruck, man habe es mit postkommunistischen Transformationen oder verlotterten Industriegesellschaften zu tun.

Im ersten Teil des Sammelbandes werden Demokratisierungsprozesse in verschiedenen Entwicklungsländerregionen behandelt. Heribert Weiland beginnt mit einem Beitrag zum subsaharischen Afrika. Die Ursachen für die Destabilisierung nicht-demokratischer Regimes macht Weiland im wirtschaftlichen Niedergang, in der reduzierten Alimentierung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sowie im Verfall staatlicher Strukturen aus. Trotz der zunächst optimistisch klingenden Aussagen hinsichtlich einer raschen Reaktion afrikanischer Staaten auf die Zwänge und Forderungen nach mehr Marktwirtschaft und Demokratie

(S. 16, S.18/19) scheint Weiland insgesamt gesehen eher skeptisch zu bleiben, was eine längerfristige Stabilisierung dieser Veränderungen betrifft (S.26/27). Wirklich interessant ist, wie Weiland politische Kultur, Multiethnizität, wirtschaftlichen Entwicklungsstand und Staatswesen daraufhin untersucht, welche überkommenen Demokratieansätze und Partizipationsformen bestehen und was dieser Befund für die Institutionalisierung lebensfähiger moderner demokratischer Systeme bedeutet. Er rät zur Vorsicht gegenüber ausschließlich repräsentativer Demokratie, Mehrheitswahlrecht oder Präsidialsystemen und tritt für eine Einbindung von direktdemokratischen Elementen, Proporz- und Konkordanzregelungen, föderalen Lösungen, Minderheitenschutz, Elitenkartellen und Vetobestimmungen ein, die an traditionelle Ansätze anknüpfen und die spezifischen Bedingungen dieser Gesellschaften berücksichtigen (S.26).

Jürgen Rüländ beginnt seinen Beitrag zur Demokratisierung in Asien mit einer kritischen Auseinandersetzung mit einer jener akademischen Modewellen, die in der Wissenschaft gern Paradigmenwechsel genannt werden. Er hat "erhebliche Vorbehalte ... gegen globalisierende Thesen der empirischen Demokratisierungsforschung, die oft mit wenigen vereinfachenden Variablen operiert, die ihrerseits wiederum auf teilweise fragwürdigem Datenmaterial beruhen." Rüländ selbst versucht, der vorhandenen Komplexität mit einem Set von Variablen beizukommen, das politische, sozioökonomische, ethnische und soziokulturelle Faktoren sowie externe Einflüsse umschließt. Unter den politischen Faktoren stellt Rüländ zunächst die eingeübte und stabilisierte Kontinuität parlamentarischer Institutionen, liberalen Denkens und demokratischer Verhaltensweisen heraus, die auch Phasen wirtschaftlichen Niedergangs und ethnischen Konflikts überdauern kann (S.40). Ebenso wichtig ist für Rüländ die vertikale Gewaltenteilung. Demokratische Prozeduren auf zentralstaatlicher Ebene, die keine Fortsetzung durch regionale und lokale Selbstverwaltung finden, können keine Tiefenwirkung entfalten (S.44). Parlamentarische Demokratie in sozial wie räumlich wenig integrierten politischen Systemen bleibt bruchstückhaft und instabil. Solange sich autoritäre Regime auf ein monistisches und korporatistisch-etatistisches Staatsverständnis in der Gesellschaft berufen können, einen Großteil der organisierten Interessen und Medien selbst kontrollieren, und solange die außerbürokratischen Strukturen schwach sind, bleiben auch demokratische Institutionen, wie Gewaltenteilung, Parlament, Wahlen oder Mehrparteiensysteme wirkungsarm (S.46/47). Unbedingt lesenswert ist die komplexe wie differenzierte Abhandlung zum Verhältnis von Modernisierung und Demokratisierung (S.51-53). Rüländ weist darauf hin, daß Demokratisierungsschübe durch sozialen Wandel nicht auf das Erscheinen einer urbanen Mittelklasse reduziert werden können, sondern sich in neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organisationsformen niederschlagen, die einen höheren Partizipationsgrad breiter Bevölkerungsteile ermöglichen. Demokratie hängt also von historischen, wirtschaftlichen, institutionellen und politischen Rahmenbedingungen ab, die auch in Asien entstehen können (S.60). Unter dieser Voraussetzung glaubt Rüländ nicht daran, daß allein christlich abendländische Kultur zu dauerhaften Demokratien führt (Huntington). Allerdings bleibt er skeptisch, was den Demokratisierungstrend der 80er Jahre betrifft: "Wir müssen uns freimachen von dem immer wiederkehrenden naiven Glauben, es gebe so etwas, wie einen säkularen Trend zur Demokratie" (S.59).

Der folgende Beitrag beschäftigt sich mit dem Sonderfall Indien. Jakob Rösel verweist zunächst auf die scheinbar paradoxe Situation, daß eine seit mehr als vier Jahrzehnten funktionierende Massendemokratie in einem Land entstanden ist, das aus konventioneller Sicht denkbar ungünstige Bedingungen aufweist: wenig tradierte politische Einheit, Mangel an wirtschaftlichem Wohlstand, vor-moderne Sozialgliederung und Ungleichheit, ethnische und religiöse Zerklüftung. Rösels Hauptargument geht nun dahin, daß gerade diese vielfach geraster-te soziale, ethische und religiöse Differenziertheit und Pluralität autoritäre Strukturen verhindert, solange die Congress-Partei als gesamt-nationale Kraft den Rahmen für verregelte Konfliktlösungen aufrechterhalten kann (S.68-70). Föderalismus sowie Wirtschafts-, Sozial- und Religionspolitik waren immer wieder auf pragmatischen Ausgleich gerichtet, der mit einem Mix aus traditionellen religiösen Werten und modernen gesellschaftlichen Idealen (Hinduismus, Säkularismus, Sozialismus) legitimiert wurde (S.74-78).

In seinem Beitrag zur lateinamerikanischen Entwicklung differenziert Ulrich Fanger zwischen laufenden Demokratisierungsprozessen, abgeschlossenem, aber noch nicht völlig konsolidiertem Wandel und erneuter Infragestellung des demokratischen Systems. Der Autor wendet sich gegen "modische" Demokratieschelte, die "sich einseitig an den Defiziten und Fehlleistungen orientiert" (S. 87/88). Er erkennt jedoch systemische Schwächen, die eine Konsolidierung der neuen Verhältnisse bedrohen. Sie werden vor allem in der politischen Kultur verortet. Wenn diese Elemente mit ausbleibenden wirtschaftlichen Erfolgen, zunehmender sozialer Ungleichheit und einer unreflektierten Übernahme abendländischer Demokratieinstitutionen zusammenwirken, können die lateinamerikanischen Gesellschaften im "Kreislauf zwischen Autoritarismus, Parteiendemokratie und Populismus verfangen bleiben" (S.97).

Den Regionalbeiträgen folgen drei Kapitel zu Querschnittsfragen. Gerald Braun beginnt mit einer Radikalkritik an allen Erscheinungsformen des "europäischen Fortschrittsmodells" in der Dritten Welt, in die er ausdrücklich auch Konzepte ökologischer Modernisierung (E.U. v. Weizsäcker) einbezieht, solange sie an der "falschen Selbstverständlichkeit der Warenlogik" (S.112) hängen. Der Versuch, das europäische Fortschrittsmodell anzuwenden, habe zu Wachstum ohne Entwicklung geführt. Statt Entwicklungsdiktaturen seien Diktaturen ohne Entwicklung entstanden. Statt Weltmarktintegration habe es unfreiwillige Abkopplung von der Weltwirtschaft gegeben. Fortgerissen vom kritischen Schwung der eigenen Argumentation (um deren empirische Begründung er sich im einzelnen wenig kümmert), landet Braun schließlich auf einer programmatischen Spielweise. Auch wenn er sich hütet, eine eigene konsistente Vorstellung zu entwickeln, scheint seine Vision trotz des ausdrücklichen Verzichts auf den "neuen Menschen" und eine "Ökodiktatur" doch auf nichts weniger als eine Weltinnenpolitik mit recht rigiden Eingriffen in die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse hinauszulaufen. Daher ist es nur folgerichtig, wenn Braun zum Abschluß darauf verzichtet, ein realpolitisches Konzept zu entwerfen (S.115).

Zum Beitrag von Peter Moßmann über Selbsthilfe, innergesellschaftliche Souveränität und Föderalismus kann der Rezensent nichts sagen, da er den Text nicht verstanden hat. Sicher trägt ihn das Gefühl, es handele sich hier um metaphysisch aufgeblasene Banalitäten zu solchen mehr oder weniger entwicklungs-

bezogenen Grundfragen wie das Verhältnis von staatlicher und individueller Souveränität (S.120), Inhalt und Form (122) oder Wissen und Macht (125/126).

Zum Abschluß setzt sich Hans-Peter Repnik mit dem Konzept von "good governance" auseinander. Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflichtigkeit und Transparenz des Regierungshandelns sowie Rechtsstaatlichkeit werden als grundsätzliche Bedingungen für erfolgreiche Entwicklung angesehen (S.137). Angesichts der empirisch leicht nachvollziehbaren Tatsache, daß in der Dritten Welt bislang Modernisierungserfolg oder Modernisierungsmißerfolg nicht ohne weiteres mit demokratischer oder nichtdemokratischer Herrschaft korrelierte, bietet "good governance" die Möglichkeit, jene Leistungen zu identifizieren, die ein politisches System zur Verfügung stellen muß, wenn (nachholende) Entwicklung gelingen soll. Ganz offensichtlich gehören hierzu auch Rechtstaatlichkeit, individuelle Freiheiten und Partizipationsmöglichkeiten. Repnik tendiert nun dazu, liberale Demokratie und "good governance" gleichzusetzen, wodurch sich ein Erklärungsbedarf für eine Reihe von (durchaus nicht marginalen) ostasiatischen und lateinamerikanischen Fällen ergibt (S.142). Ein Ansatz für die von Repnik an dieser Stelle angemahnte politologische Forschung könnte sein, stärker zwischen verschiedenen Typen nichtdemokratischer Herrschaft zu differenzieren und gerade autoritäre Systeme daraufhin zu untersuchen, in welchem Maße hier Freiheiten für wirtschaftliche und soziale Selbstorganisation sowie Rechtstaatlichkeit und Partizipationsmöglichkeiten in den nicht unmittelbar das Monopol politischer Herrschaft tangierenden gesellschaftlichen Bereichen existieren. Sehr ausgewogen diskutiert Repnik das Problem, inwieweit Entwicklungshilfe an "good governance" gekoppelt sein sollte (S.139/141).

Insgesamt gesehen liegt hier ein durchaus interessantes und lesenswertes Buch vor. Beeindruckend ist die in vielen Beiträgen empirisch überzeugend untermauerte differenzierte Sicht auf die Zusammenhänge von Modernisierung, Kultur und Religion sowie Demokratisierung und Menschenrechten. Die schwierige Problematik wird, gerade bei Rüländ oder Rösel, bereits auf einem Niveau abgehandelt, an daß die gegenwärtige Debatte um östliche und westliche Kultur mit ihren teilweise unerträglichen Simplifizierungen und Autismen selten herreicht. Schade, daß profunde Arbeiten, die sich nicht auf medienwirksame Reduktionen komplexer Zusammenhänge einlassen, so wenig Aufmerksamkeit bei den Meinungsführern des öffentlichen Diskurses finden.

Wolfram Wallraf

Bassam Tibi: Im Schatten Allahs. Der Islam und die Menschenrechte

München: Piper Verlag, 1994, 408 S.

Bassam Tibi: Der Krieg der Zivilisationen. Politik und Religion zwischen Vernunft und Fundamentalismus

Hamburg: Hoffmann und Campe Verlag, 1995

Da gab es eine "Talk im Turm"-Gesprächsrunde zum Thema "Gefährlicher Islam - über den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels" am Sonntag, den 17. September, in SAT 1 unter der kundigen Leitung des journalistischen Schlacht-